

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (17. Ausschuß)

zu dem Antrag

der Abgeordneten Dr. Liesel Hartenstein, Dietmar Schütz, Harald B. Schäfer (Offenburg), Brigitte Adler, Robert Antretter, Hermann Bachmaier, Holger Bartsch, Hans Berger, Hans Gottfried Bernrath, Rudolf Bindig, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Lieselott Blunck, Ursula Burchardt, Edelgard Bulmahn, Marion Caspers-Merk, Peter Conradi, Klaus Daubertshäuser, Karl Diller, Dr. Marliese Dobberthien, Ludwig Eich, Carl Ewen, Elke Ferner, Lothar Fischer (Homburg), Norbert Formanski, Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Günter Graf, Klaus Hasenfratz, Reinhold Hiller (Lübeck), Lothar Ibrügger, Renate Jäger, Ilse Janz, Dr. Ulrich Janzen, Volker Jung (Düsseldorf), Susanne Kastner, Ernst Kastning, Marianne Klappert, Siegrun Klemmer, Walter Kolbow, Rolf Koltzsch, Volkmar Kretkowski, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Hinrich Kuessner, Robert Leidinger, Klaus Lennartz, Dr. Dietmar Matteredne, Heide Mattischeck, Markus Meckel, Ulrike Mehl, Herbert Meißner, Siegmars Mosdorf, Christian Müller (Zittau), Jutta Müller (Völklingen), Michael Müller (Düsseldorf), Rudolf Müller (Schweinfurt), Dr. Rolf Niese, Günter Oesinghaus, Jan Oostergetelo, Adolf Ostertag, Albert Pfuhl, Rudolf Purps, Manfred Reimann, Dr. Hermann Scheer, Siegfried Scheffler, Otto Schily, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Karl-Heinz Schröter, Dietmar Schütz, Ernst Schwanhold, Bodo Seidenthal, Horst Sielaff, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Dr. Dietrich Sperling, Joachim Tappe, Dr. Gerald Thalheim, Günther Tietjen, Ernst Waltemathe, Hans Georg Wagner, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Axel Wernitz, Lydia Westrich, Inge Wettig-Danielmeier, Dr. Margrit Wetzels, Gudrun Weyel, Hermann Wimmer (Neuötting), Berthold Wittich, Verena Wohlleben, Hanna Wolf, Uta Zapf, Dr. Peter Struck, Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD

– Drucksache 12/772 –

Minderung der Ozon-Belastung – Maßnahmen zur Bekämpfung des Sommer-Smogs

A. Problem

Seit einigen Jahren kommt es im Sommer aufgrund fotochemischer Reaktionen von Stickoxiden und Kohlenwasserstoffen immer häufiger zu einer erhöhten Ozonbelastung.

Zur Bekämpfung dieses Sommer-Smogs fordert der Antrag eine Reihe von Maßnahmen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags

Die Ausschlußmehrheit hielt die im Antrag gestellten Forderungen für nicht situationsgerecht und stellte fest, ein Teil der Forderungen sei bereits durch die Bundesregierung aufgegriffen worden.

Mehrheitsentscheidung**C. Alternativen**

Annahme des von der Fraktion der SPD vorgelegten Antrages.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 12/772 abzulehnen.

Bonn, den 16. Oktober 1991

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Wolfgang von Geldern

Vorsitzender

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Dr. Jürgen Starnick

Berichterstatter

Dr. Liesel Hartenstein

Berichterstatte~~r~~in

Bericht der Abgeordneten Dr. Klaus Lippold (Offenbach), Dr. Liesel Hartenstein und Dr. Jürgen Starnick

I.

Der Antrag auf Drucksache 12/772 wurde in der 33. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. Juni 1991 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft und an den Ausschuß für Verkehr überwiesen.

Der Ausschuß für Verkehr hat am 25. September 1991 die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat am 9. Oktober 1991 den Antrag mehrheitlich abgelehnt.

II.

Der Antrag fordert, daß in einer allgemeinen Verwaltungsvorschrift festgelegt wird, daß ein Ozon-Immissionsgrenzwert von 120 Microgramm/m³ (1-h-Mittelwert) nicht mehr als einmal im Jahr überschritten werden darf. Durch die Festlegung in einer allgemeinen Verwaltungsvorschrift würden die Länder verpflichtet, Luftreinhaltepläne nach § 47 a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vorzulegen.

Darüber hinaus fordert der Antrag, daß seitens der Bundesregierung bis zum 1. Juli 1992 ein Maßnahmenplan zur Reduzierung der Vorläuferstoffe für Ozon vorgelegt wird. Insbesondere folgende Maßnahmen sollten dabei ergriffen werden:

- Vorlage eines Konzepts zur Verkehrsvermeidung und -verlagerung
- Einführung eines Tempolimits von 120 km/h, 90 km/h bzw. 30 km/h auf Autobahnen, Außerortsstraßen und in städtischen Wohngebieten
- Strengere Grenzwerte für Pkw und Lkw (Kraftstoffverbrauch bzw. Emissionen)
- Verminderung der Kohlenwasserstoffemissionen durch Verabschiedung einer Verordnung betreffend die Lagerung und den Umschlag von Benzin inklusive der Gaspendingung beim Betanken sowie durch stufenweise Herabsetzung des Lösemittelgehalts von Farben u. ä.

Daneben wird in dem Antrag gefordert, daß die Bundesregierung eine Rechtsverordnung nach § 40 Abs. 2 BImSchG erläßt, wodurch die Länder die Kompetenz für weiträumige Verkehrsbeschränkungen erhalten sollten.

Schließlich fordert der Antrag die Vorlage eines jährlichen Ozonberichts, der u. a. die Schwellenwert-Überschreitungen und Vorsorgepläne enthalten solle.

III.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 12. Sitzung am 18. September 1991 und in seiner 15. Sitzung am 16. Oktober 1991 den Antrag beraten.

Die Fraktion der SPD hielt vor allem den Erlass einer Rechtsverordnung nach § 40 Abs. 2 BImSchG, die Reduzierung der Emissionen von Nutzfahrzeugen und eine Geschwindigkeitsbegrenzung für überfällig. Die im Antrag geforderten Maßnahmen im Verkehrsbe- reich ließen der Regierung durchaus Spielraum zur näheren Ausgestaltung etwa durch eine verursacher- gerechtere Anlastung der externen Kosten des PKW- und insbesondere des LKW-Verkehrs und durch den Ausbau und die Beschleunigung des öffentlichen Per- sonennahverkehrs. Die Grenzwertfestlegung für Ozon, wie sie der Antrag vorsehe, beruhe auf einer Empfehlung des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die Schweiz werde diesen Grenzwert 1994 einführen.

Im Gegensatz zur Bundesregierung, die aus fiskali- schen Gründen die Mineralölsteuer erhöht habe, ver- folge die Fraktion der SPD mit ihrer im Antrag erho- benen Forderung nach einer Anhebung der Mineral- ölsteuer ökologische Zielvorstellungen: so könne etwa das Steuermehraufkommen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs verwandt wer- den.

Die Fraktion der CDU/CSU führte aus, es gebe zwar einige Punkte im Antrag, zu denen man parallele Vor- stellungen habe, doch werde der Antrag insgesamt der Situation nicht gerecht. Was die Grenzwertfestle- gung für Ozon anbelange, so sei es sehr viel wichtiger, bei den Vorläuferstoffen die erforderliche Emissi- onsverringerung so schnell wie möglich herbeizuführen. Beim Warnwert für Ozon sei man in Übereinstimmung mit den Vorstellungen der EG und den sozial-demo- kratisch geführten Bundesländern.

In dem Antrag gebe es zudem eine Reihe von Punk- ten, die die Bundesregierung bereits aufgegriffen habe, so daß hier kein Beschluß erforderlich sei. Dies treffe etwa auf die Forderungen nach Konzepten zur Verkehrsvermeidung oder -verminderung zu. Erfolge seien bei der Emissionsminderung bei PKW und LKW sowie bei der Gaspendingung und im Lösungsmittelbe- reich zu verzeichnen.

Die Vorstellungen der Fraktion der SPD zur Ge- schwindigkeitsbegrenzung teilte die Fraktion der CDU/CSU nicht.

Aufgrund der oben genannten Gründe lehnte die Fraktion der CDU/CSU den Antrag ab.

Die Fraktion der FDP unterstrich die Notwendigkeit, nach § 40 BImSchG eine Verordnung zu erstellen, sah aber ein Grundproblem des Antrages darin, bestimmte Ozonwerte als Kriterium für die Luftqualität festzulegen. Ozonwerte hingen nicht nur von Primärschadstoffen, sondern insbesondere von dem Maß der Sonneneinstrahlung ab, so daß Ozon ein ungeeignetes Kriterium sei. Jährlich einen Ozon-Bericht vorzulegen, sei sinnvoll, da dadurch der Zusammenhang zwischen Ozon und anderen Schadstoffen verdeutlicht werde. Da es Hinweise gebe, überhöhte Geschwindigkeiten trügen bei weitem nicht so viel zu den NO_x-Emissionen bei wie etwa nicht funktionierende Katalysatoren, halte man es für wichtiger, über

die Ausformung der vorgesehenen Abgassonderuntersuchung (ASU) II zu diskutieren als über eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung. Dem Antrag könne die Fraktion der FDP nicht zustimmen.

Die Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgte dem Antrag der Fraktion der SPD zwar in vielen Punkten, war aber der Auffassung, daß das notwendige integrierte Verkehrskonzept damit bei weitem noch nicht erreicht sei.

Der Ausschuß lehnte mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen den Antrag auf Drucksache 12/772 ab.

Bonn, den 28. November 1991

Dr. Klaus Lippold (Offenbach)

Berichterstatter

Dr. Liesel Hartenstein

Berichterstatte

Dr. Jürgen Starnick

Berichterstatter

